

n Staatsapparat

auf die Durchführung öffentlicher Sprechstunden kontrolliert werden, oder daß es richtig ist, wenn sie einen Beschluß fassen, wonach der Vorsitzende des Rates des Bezirks beauftragt wird, der Durchführung von Sprechstunden größeres Augenmerk beizumessen. Diese Auffassung ist nicht richtig und verleitet immer mehr zur Übernahme von staatlichen Aufgaben oder Funktionen, die den übergeordneten Partei- oder Staatsorganen zustehen. Gleichzeitig aber tritt eine Vernachlässigung in der Behandlung gerade solcher Probleme in Erscheinung, wie sie bereits eingangs am Beispiel der Mitteilung des Kreisgerichts Karl-Marx-Stadt entwickelt wurden, oder die Anleitung und Kontrolle der Tätigkeit der Parteilisten und der verantwortlichen Genossen in den Massenorganisationen wird vernachlässigt. Natürlich heißt das nicht, daß z. B. die Betriebsparteiorganisation Zusehen soll, wie Mitglieder des Rates oder andere Staatsfunktionäre ihre Verpflichtungen nicht ernst nehmen. Hier ist die Parteileitung verpflichtet, von solchen Unzulänglichkeiten in der Arbeit des betreffenden staatlichen Organs und der leitenden Staatsfunktionäre den übergeordneten Partei- und Staatsorganen Mitteilung zu geben.

Die Beschlüsse der Partei sind die Grundlagen der Arbeit

Die Betriebsparteiorganisation der Koordinierungs- und Kontrollstelle für die Arbeit der örtlichen Organe der Staatsgewalt hat den richtigen Weg eingeschlagen. Sie hat sich in Auswertung der 15. und 16. Plenen und in Vorbereitung des IV. Parteitag mit der Rolle der Parteiorganisation im Staatsapparat kritisch auseinandergesetzt, den leitenden Genossen einerseits gute Vorschläge zur Verbesserung der Arbeit des staatlichen Organs unterbreitet und andererseits Maßnahmen beraten, auf welche Weise die Parteiorganisation und jedes einzelne Mitglied zur Erfüllung dieser Aufgaben beitragen kann, wobei die Verbesserung der Arbeit in den Parteilisten im Mittelpunkt stand. Das versetzt die Parteiorganisation in die Lage, weitere entscheidende Aufgaben richtig zu lösen, wie z. B. die Erziehung aller Mitarbeiter des Staatsapparats im Geiste hoher Verantwortlichkeit, im Geiste der ständigen Beachtung der Staats- und Arbeitsdisziplin und der Wahrung von Staatsgeheimnissen.

In seinem Referat auf dem 16. Plenum des ZK erklärte Genosse Walter Ulbricht: „Im Partei- und Staatsapparat muß man entschieden gegen die Vertrauensseligkeit kämpfen und das Bewußtsein erzeugen, daß Partei- und Staatsgeheimnisse streng zu wahren sind.“

Diese entscheidende Aufgabe im Staatsapparat zu lösen, fällt in erster Linie der Parteiorganisation zu. Genosse Walter Ulbricht mußte diese Frage so stellen, weil in unseren staatlichen Organen Schlafmützen und Schwätzer, die Staatsgeheimnisse nicht wahren können, noch längst nicht ausgestorben sind. Ein Ausdruck der Schlafmützigkeit und Sorglosigkeit ist der in den meisten staatlichen Organen und Institutionen noch zu beobachtende leichtfertige Umgang mit vertraulichen Materialien und Dokumenten, bei dem man es an jeder Sicherheit mangeln läßt. So konnte man bis in die jüngsten Tage in fast jeder Justizbehörde feststellen, daß im Umgänge mit Akten und Schriftstücken eine unerhörte Sorglosig-

keit herrscht und daß es ein leichtes ist, sich dieser Dinge zu bemächtigen. Diese Sorglosigkeit und Schlafmützigkeit haben sich einige Agenten zunutze gemacht und versuchen, mit Hilfe von gefälschten „Rundschreiben“ und „Dokumenten“ Verbrecher, die von den Organen der Justiz verurteilt sind, in Freiheit zu setzen. Dabei gelang es ihnen, einige Funktionäre der Justiz und des Strafvollzuges, die die Wachsamkeit außer acht ließen und sich als blind gegenüber feindlichen Provokationen erwiesen, in die Irre zu führen.

Nicht zuletzt zeigte sich in einer Reihe von Staatsorganen wiederholt eine politische Sorglosigkeit und Schlamperei, die nicht selten durch bürokratisches Verhalten, Wichtigtuerei, Geschwätzigkeit und leere Geschäftigkeit verdeckt wird. Die Führung des unversöhnlichen Kampfes gegen solche Erscheinungen der politischen Sorglosigkeit, gegen alle Umtriebe der feindlichen Elemente und die Erziehung aller Mitarbeiter des Staatsapparates zur strengen Wahrung der Partei- und Staatsgeheimnisse ist eine wichtige Voraussetzung für die weitere Festigung unserer Partei und des Arbeiter- und Bauernstaates. Es ist klar, daß die Lösung der vorgenannten Aufgaben durch die Betriebsparteiorganisationen abhängig ist vom Niveau der innerparteilichen Arbeit, denn je höher das Niveau der innerparteilichen Arbeit, desto erfolgreicher werden unsere Parteiorganisationen im Staatsapparat ihre Aufgaben erfüllen. Dann wird es auch solche Erscheinungen wie das Verhalten des Genossen Schröter, Vorsitzender des Rates des Kreises Angermünde, nicht mehr geben. Der Genosse Schröter hat bisher äußerst selten die Mitgliederversammlungen besucht und für Aussprachen mit dem Parteisekretär keine Zeit gefunden. Er hat weiter versucht, seine Aufgaben vollkommen losgelöst von der Parteiorganisation durchzuführen. Darin kommt nicht nur eine Mißachtung der Hilfe der Parteiorganisation zum Ausdruck, sondern auch eine Unterschätzung der Bedeutung der Arbeit der Parteiorganisation für den Staatsapparat und eine mangelnde Parteiverbundenheit.

Erfahrungen mehr popularisieren!

In Auswertung der 15. und 16. Plenen des Zentralkomitees gibt es bereits gute Ansätze der Verbesserung der Arbeit der Parteiorganisationen in den staatlichen Organen, insbesondere der innerparteilichen Arbeit, der Arbeit in den Parteilisten und Parteieinheiten, der Entwicklung der Kritik und Selbstkritik, der Entwicklung kämpferischer Auseinandersetzungen in Mitgliederversammlungen und der Verbesserung der Kollektivität der Leitung, wie z. B. bei der Parteiorganisation der Koordinierungs- und Kontrollstelle für die Arbeit der örtlichen Organe der Staatsgewalt, der Parteiorganisation beim Sekretariat der Volkskammer und der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft „Walter Ulbricht“. Die genannten Parteiorganisationen sollten dazu übergehen, ihre Erfahrungen, insbesondere ihre Methoden bei der Verbesserung der politischen Massenarbeit usw. allen Parteiorganisationen in den staatlichen Organen mitzuteilen. Die Genossen beschäftigen sich aber noch zu wenig mit der Praxis der Kaderauswahl, mit der Beachtung der Beschwerden der Bevölkerung, mit der konkreten Anleitung und der Kontrolle der Genossen in den Massenorga-